



Nationale Sicherheitsstrategie



Nationale Sicherheitsstrategie



Inhaltsverzeichnis

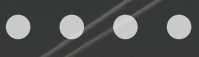
Vorwort	7
<hr/>	
Belgien in der Welt	8
<hr/>	
Vitale Interessen	10
<hr/>	
Bedrohungen und Risiken	12
<hr/>	
Strategische Leitlinien	18
<hr/>	





SAFETY

EVER GREAT





Vorwort

Sicherheit ist die Grundlage für unsere Freiheiten und unseren Wohlstand. In geopolitisch und wirtschaftlich turbulenten Zeiten ist es die vorrangige Aufgabe des Staates, diese Sicherheit zu gewährleisten.

Belgien sieht sich heute mit zahlreichen Bedrohungen konfrontiert, die sich oft gegenseitig verstärken: ein Krieg auf unserem eigenen Kontinent, Druck auf die Außengrenzen Europas, die Auswirkungen der organisierten Kriminalität, hybride Einmischung durch staatliche und nichtstaatliche Akteure, Terrorismus und Extremismus, Cyberangriffe und strategische Abhängigkeiten.

Diese Herausforderungen berühren unmittelbar unsere vitalen Interessen.

Sicherheit, Freiheit und Wohlstand sind keine Selbstverständlichkeit.

Daher ist eine klare Nationale Sicherheitsstrategie erforderlich. Darin wird der Ausgangspunkt für die Verteidigung unserer strategischen Interessen beschrieben.

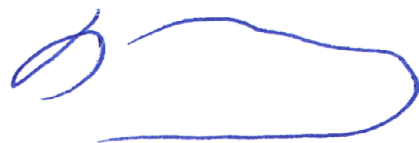
Um unsere Wachsamkeit und Resilienz zu stärken, investieren wir in Verteidigung, Sicherheit und den Schutz unseres demokratischen Rechtsstaates.

Wir brauchen auch starke Allianzen. Die NATO bleibt der Eckpfeiler unserer kollektiven Verteidigung. Eine effektive europäische Zusammenarbeit kommt darüber hinaus unserer Schlagkraft und Souveränität zugute.

Auch in unserem eigenen Land müssen wir gemeinsam über unsere Sicherheit wachen. Behörden, Nachrichten- und Sicherheitsdienste, Justiz, Verteidigung, Wirtschaft und Gesellschaft tragen alle dazu bei. Mit dieser Strategie entscheidet sich Belgien für eine gemeinsame Verantwortung.

Die Sicherheit und damit die Freiheit und der Wohlstand aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben eindeutig Vorrang.

Bart de Wever
Premierminister



Belgien in der Welt

In einem zunehmend fragmentierten internationalen Kontext, der durch das Ende einer langen Friedensperiode in Europa, einen immer stärkeren Druck auf den Welthandel, das Wiedererstarken von Einflussphären sowie eine Aushöhlung des internationalen Rechts und der multilateralen Institutionen gekennzeichnet ist, steht Belgien vor wegweisenden Entscheidungen in Bezug auf Sicherheit und strategische Positionierung.

Unsere Vorstellung von nationaler Sicherheit ist geprägt durch den Schutz unserer Interessen sowie durch die Wahrung unserer Identität und der uns wichtigen Werte, wie die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Diese Werte sind nicht nur unser interner Kompass, sondern leiten auch unser Auftreten im Ausland, unter anderem durch unsere diplomatischen Bemühungen, die internationale Zusammenarbeit und unseren Beitrag zu Stabilität und Konfliktverhütung.

Belgien ist ein Land, in dem die Grundrechte gewahrt und geschützt werden, mit einer eigenen historisch gewachsenen institutionellen und politischen Struktur. Es handelt sich um eine offene und mehrsprachige Gesellschaft, die sich durch ausgeprägte Kreativität und kulturelle Vielfalt auszeichnet und sowohl durch Auswanderung als auch durch Einwanderung geprägt ist. Neben einer beträchtlichen Diaspora beherbergt unser Land bedeutende Gemeinschaften europäischer und nichteuropäischer Herkunft. Dieser gesellschaftliche Reichtum geht Hand in Hand mit einem einzigartigen sozioökonomischen Modell, das eine gerechte Verteilung des Wohlstands anstrebt.

Aufgrund seiner geografischen Lage ist Belgien ein geopolitischer und handelspolitischer Knotenpunkt, der zu spüren bekommen hat, wie anfällig er in Zeiten internationaler Spannungen sowohl physisch als auch online sein kann. Nach zwei Weltkriegen war Belgien ein Pionier der multilateralen Integration, insbesondere der Benelux-Union, der Europäischen Union (EU) und der internationalen Rechtsstaatlichkeit. Als Gründungsmitglied hat Belgien sein Schicksal auf einzigartige Weise mit dem der Nordatlantischen Vertragsorganisation (NATO) zum Schutz seines Volkes und seines Territoriums und mit dem der EU zum Schutz seines Wohlstands, seiner Sicherheit und der Verteidigung seiner Werte in der Welt verbunden. Belgien hat sich stets für die multilaterale Zusammenarbeit innerhalb der Vereinten Nationen eingesetzt, aber auch unter anderem in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), um Stabilität und Frieden in der nördlichen Hemisphäre zu gewährleisten. Für Belgien, das sich ausdrücklich in der Rolle eines Brückenbauers sieht, bringt dies neben Rechten und Einflussmöglichkeiten auch Pflichten und Verantwortlichkeiten mit sich.

Belgien ist Sitz des NATO- und des EU-Hauptquartiers, was eine besondere Verantwortung als zuverlässiger Partner mit sich bringt. Brüssel ist zudem die Hauptstadt mit der größten internationalen diplomatischen Gemeinschaft der Welt, mit mehr als 300 ausländischen diplomatischen Vertretungen und 120 internationalen Organisationen und Vertretungen.

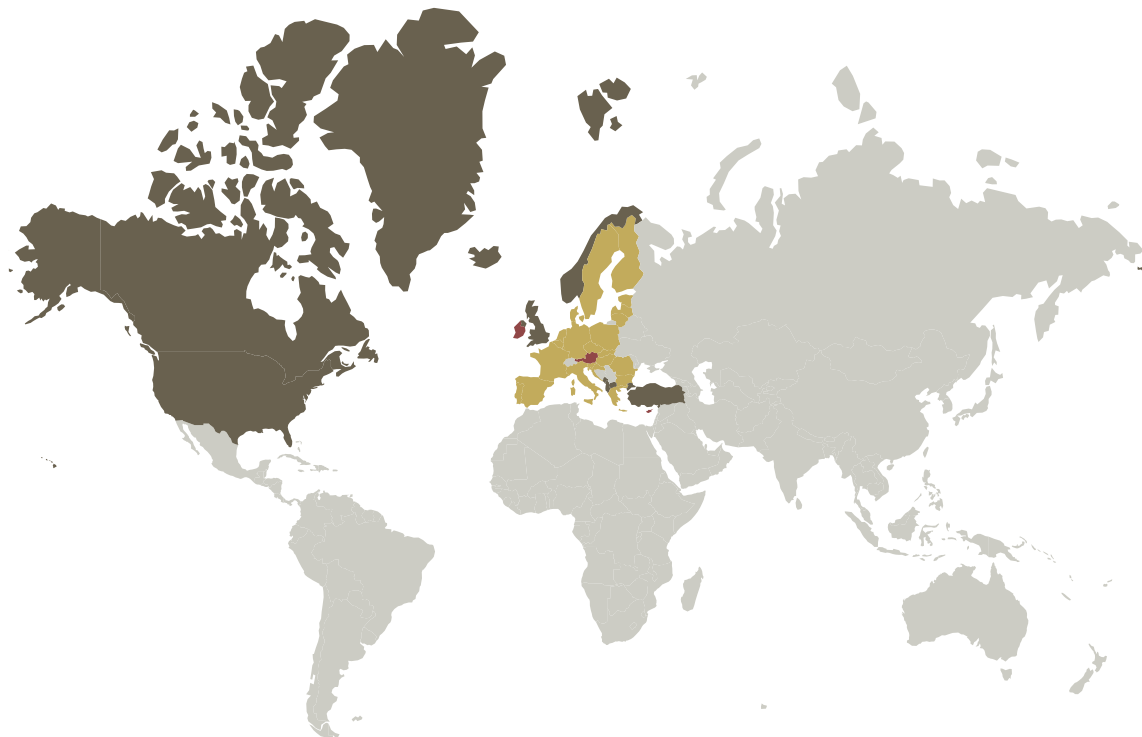
Belgien ist ein Land, das sich aus offensichtlichen strategischen Gründen entschlossen nach außen wendet und dem Aufbau dauerhafter und für beide Seiten vorteilhafter Partnerschaften in allen Regionen der Welt große Bedeutung beimisst. Vor dem Hintergrund der geopolitischen Fragmentierung und des zunehmenden Wettbewerbs stärkt Belgien seine Kernpartnerschaften und entwickelt neue Allianzen, um seine Beziehungen zu diversifizieren.

Als starke, freie und offene Wirtschaft ist Belgien stark vom Außenhandel abhängig, der bis zu 85 % des BIP und schätzungsweise ein Viertel der Arbeitsplätze ausmacht, sowohl unmittelbar als auch mittelbar. Innovation, Forschung und Entwicklung sowie hochqualifiziertes Fachwissen sind die Triebkräfte unserer Wettbewerbsfähigkeit. Innerhalb Europas ist Belgien ein wichtiger Knotenpunkt für Energie, Industrie, Finanzen, Verkehr (einschließlich militärischer Mobilität), Logistik und Kommunikation. Unsere Infrastruktur und insbesondere unsere Seehäfen spielen dabei eine wichtige Rolle. Weltweit gehört Belgien zu den 20 wichtigsten Exportländern. Ein Fünftel der Arbeitsplätze entfällt auf ausländische Unternehmen. Internationaler Handel und Investitionen sind daher sehr wichtig für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand. Dies gilt auch für den europäischen Binnenmarkt, der mit seinem freien Personen-, Güter-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr fast zwei Drittel unserer Exporte abnimmt.

Wir müssen uns jedoch darüber im Klaren sein, dass unsere Interdependenz mit dem Ausland in einem Kontext, in dem wirtschaftliche Abhängigkeiten für geopolitische Zwecke genutzt werden können, zu Schwachstellen führen kann. Darüber hinaus sind unsere Wirtschaft und unsere Behörden zunehmend digitalisiert und daher auf sichere und zuverlässige Kommunikationsnetzwerke angewiesen.

Parallel dazu verfolgt Belgien ein realistisches und verhältnismäßiges Vorgehen, bei dem die Grundsätze in durchführbare und effektive Maßnahmen umgesetzt werden, wobei die verfügbaren Ressourcen, internationale Partnerschaften und konkrete Risiken berücksichtigt werden. Schließlich erfordert die nationale Sicherheit sowohl eine normative Ausrichtung als auch operative Effizienz.

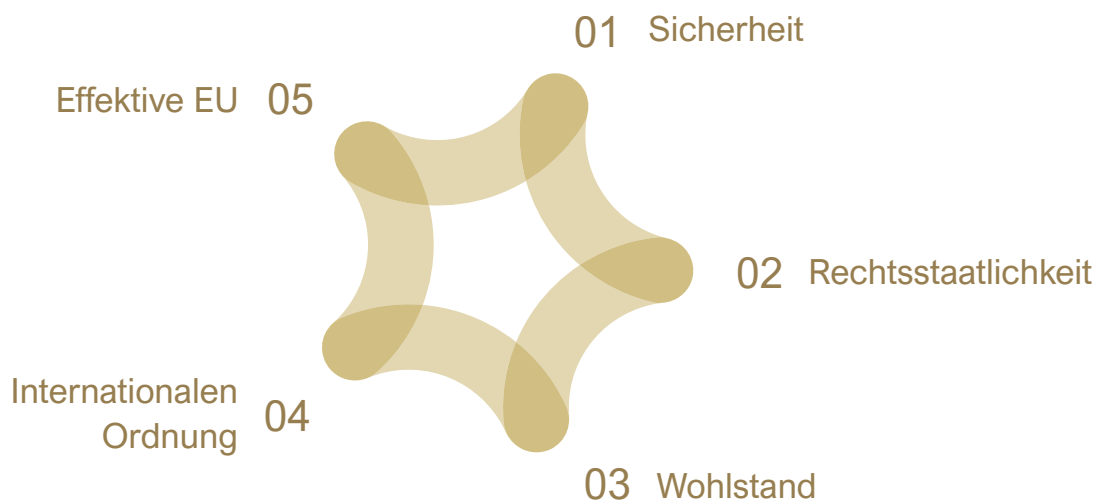
Belgien verfolgt einen integrierten Ansatz für die nationale Sicherheit, und zwar als kohärentes Ganzes, in dem innere und äußere Sicherheit, zivile und militärische Instrumente, physische und digitale Dimensionen sowie nationale, europäische und multilaterale Verantwortlichkeiten zusammenpassen. Ausgehend von diesem normativen Rahmen wird in den folgenden Kapiteln dargelegt, wie Belgien seine Rolle und Verantwortung in einem sich wandelnden Sicherheitsumfeld weiter gestaltet.



Vitale Interessen

Interessen sind vital, wenn sie für die Sicherheit, den Wohlstand und das Wohlbefinden unserer Gesellschaft von grundlegender Bedeutung sind. Das heißt, dass die Beeinträchtigung dieser Interessen, ob interner oder externer Natur, das Wesen unserer Gesellschaft bedroht. Es sind Interessen, die wir als Gesellschaft jederzeit zu schützen bereit sein müssen, auch wenn wir dafür Opfer bringen müssen.

Diese Interessen sind gleichwertig und bilden ein kohärentes Ganzes. Die Beeinträchtigung eines dieser Interessen hat Folgen für die anderen. Die nationale Sicherheit Belgiens ist bedroht, wenn eines oder mehrere der folgenden vitalen Interessen gefährdet sind:



01 Gewährleistung der Sicherheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, der territorialen Integrität und der Souveränität

Der Schutz der Bevölkerung und des Territoriums vor ernsthaften Bedrohungen ist eine Kernaufgabe des Staates. Dieser Schutz geht über unsere nationalen Grenzen hinaus und gilt auch für den digitalen Raum. Die Souveränität unseres Landes muss gewahrt bleiben, das heißt, wir entscheiden unabhängig und ohne Einmischung von außen über innen- und außenpolitische Angelegenheiten. Dieses Interesse ist untrennbar mit unserer nationalen Resilienz und einer wirksamen Zusammenarbeit, insbesondere innerhalb der EU und der NATO, mit Nachbarländern und Verbündeten verbunden. Die NATO bleibt der Eckpfeiler unserer kollektiven Verteidigung.

02 **Wahrung der Errungenschaften der Rechtsstaatlichkeit und der damit verbundenen Werte**

Die Rechtsstaatlichkeit, die den Vorrang des Rechts garantiert, ist das Fundament jeder demokratischen Gesellschaft. Sie existiert und funktioniert dank eines gut aufgebauten und funktionierenden institutionellen Rahmens. Dabei beteiligen sich die Föderalbehörde und die föderierten Gebietskörperschaften in vollem Umfang an der Arbeit der Institutionen. Sie gewährleistet die Gewaltenteilung, garantiert die Achtung der Grundfreiheiten und -rechte jedes Einzelnen und garantiert eine unabhängige und unparteiische Rechtsprechung. Die Glaubwürdigkeit der öffentlichen Einrichtungen auf föderaler, regionaler und lokaler Ebene hängt von ihrer effektiven Anwendung ab. Die Behörden tragen die Verantwortung für Stabilität, Freiheiten und gut funktionierende Institutionen, mit einem Gesellschaftsvertrag, der die Bürgerinnen und Bürger einbindet und ein angemessenes Niveau an öffentlichen Serviceeinrichtungen gewährleistet. Die Bedeutung des Gesellschaftsvertrags in unserer Gesellschaft ist von unschätzbarem Wert: Er verbindet alle Bürgerinnen und Bürger und bietet eine klare soziale Perspektive. Er ist daher ein unverzichtbares Element der sozioökonomischen Stabilität.

03 **Sicherstellung des wirtschaftlichen Wohlstands, der wirtschaftlichen Sicherheit und der Lebensqualität des Landes**

Unser Wohlstand hängt in erster Linie von unserer Wettbewerbsfähigkeit ab. Das effiziente Funktionieren unserer offenen Wirtschaft beruht auf einem starken nationalen und internationalen Regulierungsrahmen. Dieser ist eng mit einem soliden Euro, einem stabilen Finanzsystem und einer angemessenen Finanzkraft der EU verbunden. Dieser Rahmen sollte Sozial- und Umweltstandards umfassen, innerhalb derer sich der wirtschaftliche Austausch auf nachhaltige Weise entwickeln kann, mit dem Ziel, die Lebensqualität der Menschen in einer Marktwirtschaft zu verbessern. Der Schutz dieser Standards ist von wesentlicher Bedeutung, ebenso wie der physische, wirtschaftliche und digitale Schutz kritischer Infrastrukturen und Vermögenswerte, einschließlich Investitionen im Ausland. Für ein Land mit begrenzten Rohstoffen ist die Gewährleistung robuster und resilienter Versorgungsketten, einschließlich der Energieversorgung, sowie die Sicherheit und Kontrolle der Rohstoffströme in dieser Hinsicht von wesentlicher Bedeutung. In unserer innovativen wissensbasierten Wirtschaft sind auch wissenschaftliche und technologische Entwicklungen von vitalem Interesse.

Darüber hinaus ist der Schutz unseres Lebensraums auch ein wesentlicher Bestandteil der nationalen Sicherheit. Unser Lebensraum ist die Grundlage für die menschliche Existenz und muss daher wirksam geschützt werden. Die Erhaltung natürlicher Lebensräume und Ressourcen sowie die Bewältigung der Auswirkungen des Klimawandels sind für die Gesundheit der Bevölkerung, die Sicherheit der Infrastruktur sowie die soziale und wirtschaftliche Stabilität unseres Landes von wesentlicher Bedeutung.

04 **Förderung einer internationalen Ordnung, die sich auf das Völkerrecht und den multilateralen Rahmen stützt**

Belgien ist in hohem Maße international vernetzt: wirtschaftlich, politisch, juristisch, gesellschaftlich, digital und sicherheitstechnisch. Angesichts dieser Weltoffenheit und der zunehmenden Interdependenz von innerer und äußerer Sicherheit ist unser Land in hohem Maße auf das reibungslose Funktionieren des internationalen Systems angewiesen. Der Schutz und die Förderung einer offenen und stabilen internationalen Ordnung, die auf multilateraler Zusammenarbeit, der Einhaltung der internationalen Handelsregeln und den Grundprinzipien der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts beruht, ist von entscheidender Bedeutung. Ohne die UN, den Multilateralismus sowie die Achtung von Regeln und gemeinsamen Grundsätzen gilt nur das Recht des Stärkeren, auf Kosten und zum Nachteil von Ländern wie Belgien sowie zum Nachteil unseres Rechtsverständnisses und der uns wichtigen Werte. In einem instabilen internationalen Umfeld sind daher unsere Allianzen und der Einfluss, den wir durch gemeinsame Institutionen ausüben, unverzichtbar.

Aufbau einer effektiven Europäischen Union

05 Für Belgien bildet eine effektive Europäische Union nicht nur einen außenpolitischen Rahmen, sondern sie ist ein wesentlicher Bestandteil seiner souveränen Handlungsfähigkeit. Die Europäische Union ist der Rahmen, in dem Belgien einen wesentlichen Teil seiner Souveränität ausübt und seine vitalen Interessen schützt. Durch geteilte Zuständigkeiten auf EU-Ebene stärkt Belgien seine Kapazität, seine Sicherheit, seinen Wohlstand und seine strategische Autonomie zu wahren.

Eine starke Europäische Union ist ein mächtiges Instrument, um die belgischen Interessen weltweit zu verteidigen: Unser gemeinsames Gewicht verschafft uns Einfluss auf der internationalen Bühne.

Bedrohungen und Risiken

Belgien ist, wie andere Länder auch, einer Vielzahl von Bedrohungen und Risiken ausgesetzt, die unsere vitalen Interessen beeinträchtigen können.

Das sicherheitspolitische Umfeld, in dem Belgien agiert, ist durch eine Fragmentierung der internationalen Ordnung gekennzeichnet. Der Wettbewerb der Großmächte, die Rückkehr zwischenstaatlicher Konflikte in Europa, geoökonomische Rivalitäten, beschleunigte technologische Entwicklungen, der Klimawandel sowie demografische und soziale Spannungen wirken zusammen und verstärken sich gegenseitig. Diese strukturellen Trends verschärfen die bestehenden Schwachstellen und schaffen neue Bedrohungen für Staaten und Gesellschaften.

● Rückkehr der bewaffneten Konflikte in Europa

Die Aggression Russlands gegen die Ukraine markiert die Rückkehr eines bewaffneten Konflikts zwischen Staaten auf dem europäischen Kontinent und untergräbt grundlegende Prinzipien des Völkerrechts. Der Grundsatz, „jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete Androhung oder Anwendung von Gewalt“ zu unterlassen, wird missachtet. Russland sieht sich im Konflikt mit dem Westen und kombiniert militärische Mittel mit aggressiven hybriden Aktionen gegen europäische Länder. Dies erhöht das Risiko einer Eskalation und einer direkten Konfrontation mit den europäischen Ländern erheblich. Drohungen mit dem Einsatz von Atomwaffen, ein ausgeprägter antiwestlicher Diskurs, der durch Desinformationskampagnen unterstützt wird, sowie die Annäherung zwischen Russland und bestimmten Regimen wie dem Iran, Nordkorea und mehreren Ländern der Sahelzone verstärken diese Risiken.

● Rivalitäten zwischen Großmächten

Die Bedrohung durch staatliche Akteure gehört zu den größten Herausforderungen für die belgische und europäische Sicherheit. Sie müssen vor dem Hintergrund der Rivalitäten zwischen Großmächten, dem Wiedererstarken von Einflussphären und der Erosion der internationalen Rechtsordnung verstanden werden. Die Welt bewegt sich auf eine multipolare Ordnung zu, in der Großmächte wie die Vereinigten Staaten, China und Russland ihre Interessen häufig durch Wettbewerb und Rivalität verfolgen, während die Europäische Union ihre Politik in erster Linie auf Zusammenarbeit, multilaterale Rahmen und gemeinsame Regeln stützt.

Die zunehmende Rivalität zwischen den Supermächten schlägt sich in einem breiten Spektrum von Bedrohungen nieder, das von konventioneller militärischer Macht über hybride Aktionen, die absichtlich unterhalb der Schwelle der Entdeckung und Zuordnung liegen, bis hin zur Verbreitung von Massenvernichtungswaffen reicht.

● Terrorismus und Extremismus

Die terroristische und extremistische Bedrohung in Belgien ist im letzten Jahrzehnt deutlich komplexer geworden. Instabilität, Fragilität und bewaffnete Konflikte in Regionen wie dem Mittleren Osten und der Sahelzone bilden einen ständigen Nährboden für Radikalisierung, gewalttätigen Extremismus und transnationale terroristische Netzwerke. Diese internationalen Dynamiken haben auch indirekte Auswirkungen auf Europa und Belgien, die sich in der Instrumentalisierung von Migrationsströmen, der Rekrutierung ausländischer Kämpfer in

Konfliktgebieten und der ideologischen Einflussnahme im Internet manifestieren. Innenpolitisch werden diese Bedrohungen durch gesellschaftliche Polarisierung, sozioökonomische Ungleichheiten und den Verlust des Vertrauens in die Institutionen verstärkt.

Dennoch bleibt die dschihadistische Bedrohung die größte in Belgien. Die Ideologie von Gruppen wie dem Islamischen Staat oder Al-Qaida ist sehr präsent. Exogene Bedrohungen bleiben ein Schwerpunkt, mit sensiblen geografischen Gebieten wie dem Mittleren Osten, Zentralasien, der Sahelzone, Westafrika und dem Horn von Afrika. Die Strategie der dschihadistischen Bewegungen konzentriert sich hauptsächlich auf die Online-Radikalisierung, die sowohl Minderjährige als auch Erwachsene betreffen kann. Die Bedrohung durch ausgeklügelte und koordinierte Anschläge einer zentralisierten Organisation hat dazu geführt, dass sich Einzelpersonen in unserem Land radikalisieren und versuchen, Gewalttaten zu begehen (endogene Bedrohung).

Extremismus, ob religiös oder ideologisch, ist eine Bedrohung für den demokratischen Rechtsstaat und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Darüber hinaus können die Aktionen extremistischer Gruppen dazu führen, dass Druck auf die demokratische Meinungsäußerung ausgeübt und diese eingeschränkt wird, unter anderem durch Einschüchterung, Drohungen oder Gewalt gegen politische Gegner, Mandatsträger, Journalisten oder Bürgerinnen und Bürger. Die digitale Dimension, vor allem die Radikalisierung über soziale Netzwerke, sowie die Verjüngung radikalierter Akteure sind beides wichtige Schwerpunkte.

Die meisten Aktivitäten rechtsextremer Bewegungen konzentrieren sich auf die Verbreitung ihrer Ideologie, indem sie das Internet massenhaft für Propaganda nutzen. Die gewalttätigste Bedrohung geht von der Online-Subkultur des Akzelerationismus aus, die glaubt, ihre Ziele durch Angriffe auf Minderheiten erreichen zu können.

Die Bewegungen der extremen Linken konzentrieren ihre Aktionen hauptsächlich auf Vandalismus, Rebellion und Einschüchterung politischer Gegner. Diese gewalttätigen Aktionen und die damit verbundene Legitimierung der Gewaltanwendung als Handlungsmöglichkeit sind ein ständiger Schwerpunkt.

Neue Phänomene wie das Anti-Establishment-Denken oder der gewalttätige Nihilismus sollten ebenfalls berücksichtigt werden. Die Online-Dimension, die Polarisierung und die Desinformation spielen dabei eine wichtige Rolle als Katalysator.

● **Aufkommen des Autoritarismus**

Die Demokratie verliert weltweit an Boden. Autoritäre Regime betrachten die Untergrabung der gesellschaftlichen Resilienz, der demokratischen Institutionen und des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger als legitime außenpolitische Instrumente. Dies trägt häufig zu einer Polarisierung innerhalb der Gesellschaft bei, was die sozialen Spannungen verstärkt und das Vertrauen zwischen den Gruppen belastet. Parallel zum Anstieg des Autoritarismus nimmt auch der aggressive Nationalismus zu und verschärft den Konkurrenzkampf und die Rivalität zwischen den Staaten, auch in Europa und den Vereinigten Staaten.

● **Verstärkter Einsatz hybrider Aktivitäten**

Zu den hybriden Bedrohungen gehören unter anderem Desinformationskampagnen in den Medien (insbesondere in sozialen Netzwerken), Sabotageaktivitäten (z. B. gegen militärische Infrastrukturen oder Unterseekabel), Spionage, wirtschaftlicher Druck (unerwünschter Austausch von Fähigkeiten und Wissen) und Cyberoperationen. Sie werden von staatlichen oder privaten Akteuren wie kriminellen oder extremistischen Organisationen ausgeübt, die zur Mitwirkung bewegt werden können.

Belgien als Sitz der europäischen Institutionen und des politischen und militärischen Hauptquartiers des Atlantischen Bündnisses könnte von diesen destabilisierenden Aktivitäten besonders betroffen sein.

Ein besonderer Schwerpunkt ist die ausländische Einmischung in unsere europäischen und nationalen demokratischen Mechanismen. Wenn externe Akteure versuchen, unsere Entscheidungsprozesse zu beeinflussen, z. B. durch irreführende Informationen, kompromittierende Informationen, Korruption oder anderes, kann dies unsere demokratische Regierungsführung ernsthaft schwächen und damit unsere vitalen Interessen nachhaltig schädigen.

Ein übergreifendes Element, das diese Bedrohungen verstärkt, ist die zunehmende Polarisierung unserer Gesellschaft. Desinformation, auch wenn sie zur Einmischung genutzt wird, spielt in diesem Prozess eine Schlüsselrolle. Desinformation wird von diesen Akteuren eingesetzt, um falsche oder verzerrte Informationen zu verbreiten, die Kluft zwischen „denen und uns“ zu vergrößern und bestimmte Gruppen anfälliger für extremistische oder gewalttätige Ideen zu machen.

● Kriminelle Organisationen

Belgien hat eine zentrale geografische Lage mit zahlreichen logistischen Knotenpunkten wie Seehäfen und Flughäfen. Es grenzt an wirtschaftlich hoch entwickelte Regionen und spielt häufig eine Rolle als Transitland für den Luft-, Straßen- und Schienenverkehr sowie durch seine Seehäfen und maritimen Zugangswege. Dies alles sind attraktive Faktoren für kriminelle Organisationen, die auch vom relativen Wohlstand unseres Landes profitieren.

Die meisten großen kriminellen Organisationen, die im Drogenhandel tätig sind, sind auch am Schmuggel beteiligt (z. B. Waffen, Fälschung, Menschen). Durch Korruption und Einschüchterung gelingt es ihnen, erheblichen Einfluss auf bestimmte Teile der öffentlichen Einrichtungen und der Gesellschaft auszuüben. Diese Organisationen verfügen über umfangreiche finanzielle Mittel und sind international vernetzt. Sie passen ihre Methoden ständig an, um ihr Einkommensmodell aufrechtzuerhalten, und üben einen schädlichen Einfluss auf legale Wirtschaftssektoren und bestimmte Akteure innerhalb der öffentlichen Behörden aus. Sozial- und Steuerbetrug sowie Korruption wirken sich unmittelbar auf die legale Wirtschaft und das soziale Gefüge aus und haben weitreichende sozioökonomische Folgen.

Neben seiner Transitfunktion für den europäischen Markt, vor allem für Kokain aus Lateinamerika, ist Belgien ein wichtiger Produzent von synthetischen Drogen und beherbergt selbst einen bedeutenden Markt von Konsumenten. Die Existenz der Drogenwirtschaft führt zu damit verbundenen Straftaten in der Gesellschaft, wie z. B. Abrechnungen, Belästigung durch übermäßigen Drogenkonsum und Unsicherheit, insbesondere in städtischen Gebieten. Die Kapazitäten der Justiz, des Strafvollzugswesens sowie der Sicherheits- und Nachrichtendienste werden durch die Drogenkriminalität stark beansprucht.

Die Gewalt im Zusammenhang mit den Aktivitäten der kriminellen Organisationen hat stark zugenommen. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Gesellschaft, da es Angst schürt, Unsicherheit schafft und das Vertrauen in den Staat untergräbt. Wir sollten auch die wachsende Einflussnahme krimineller Organisationen auf schutzbedürftige Gruppen aufmerksam beobachten, wie z. B. die zunehmende Rekrutierung von Minderjährigen zur Begehung von Straftaten.

● Entwicklung der transatlantischen Beziehungen

Die transatlantischen Beziehungen stehen unter Druck. Die Änderung der strategischen Prioritäten der Vereinigten Staaten, die durch eine strukturelle Verlagerung ihres Schwerpunkts nach Osten und in den indo-pazifischen Raum gekennzeichnet ist, zwingt die europäischen Länder zu einer größeren Verantwortung für ihre eigene konventionelle Verteidigung. Gleichzeitig entwickeln die Vereinigten Staaten einen differenzierteren Ansatz gegenüber Europa und legen mehr Gewicht auf bilaterale Kontakte. Die Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs einer der Grundpfeiler der internationalen Beziehungen ist, bleibt zwar strategisch, steht aber durch diese neue Realität unter Druck.

● Wirtschaftliche Abhängigkeit

Die internationale wirtschaftliche Interdependenz hat zu Schwachstellen geführt, mit zersplitterten Versorgungsketten und einer hohen Konzentration von wichtigen Waren und Rohstoffen bei nichteuropäischen Akteuren. Unlauterer Wettbewerb durch außereuropäische Mächte mit weniger strengen Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards, abweichende rechtliche Rahmenbedingungen, insbesondere im Bereich des Datenschutzes, sowie die zunehmende Verknappung kritischer Rohstoffe verschärfen diese Schwachstelle.

Gleichzeitig übt der zunehmende Protektionismus Druck auf die Weltwirtschaft aus. Handel und Investitionen werden zunehmend als geopolitische Machtmittel eingesetzt, auch durch Zölle und andere Handelsbeschränkungen. Dies erhöht das Risiko von Störungen des Welthandels und der Blockbildung und untergräbt das multilaterale System, wodurch die strategische Autonomie Europas an Bedeutung gewinnt.

Unser hochtechnologisches Fachwissen in strategischen Sektoren wie Biotechnologie, Gesundheitswesen, Chemie, Stahl, Halbleiter, Verteidigung und Raumfahrt macht uns zu einem attraktiven Ziel für Diebstahl und Spionage und macht Belgien besonders anfällig für Wissenslecks und Wissensentzug, insbesondere im wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich.

Belgien ist in hohem Maße von einer begrenzten Anzahl von Cloud-Anbietern abhängig. Diese Abhängigkeit schafft ein systemisches Risiko für die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von Daten, insbesondere bei möglicherweise politisch motivierten Blockaden. Dies berührt unmittelbar die wirtschaftliche Souveränität Belgiens: seine Fähigkeit, unabhängig und sicher in einer digitalen Wirtschaft zu funktionieren, auch wenn externe Anbieter oder geopolitische Ereignisse Druck ausüben.

● Digitalisierung der Gesellschaft

Cyberbedrohungen sind eines der am schnellsten wachsenden Sicherheitsrisiken für Belgien. Die weitreichende Digitalisierung der Gesellschaft, die Abhängigkeit von der digitalen Infrastruktur und der grenzüberschreitende Datenverkehr erhöhen die Anfälligkeit von kritischen Diensten, Behörden, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern. In einer zunehmend vernetzten Welt ist der Schutz des Cyberspace für die Kontinuität mehrerer kritischer Dienste, für unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und für das Vertrauen der Öffentlichkeit in den digitalen Bereich von wesentlicher Bedeutung.

Unsere kritischen externen Abhängigkeiten, wie z. B. satellitengestützte Dienste, sind ebenfalls stark mit digitalen Netzwerken verflochten und werden häufig von nichteuropäischen Akteuren bereitgestellt oder verwaltet. Ein Zwischenfall in der Liefer- oder Verwaltungskette solcher Dienste könnte indirekt mehrere kritische Sektoren gleichzeitig stören.

● Spannungen innerhalb der sozialen Strukturen

Eine Kombination aus interner und externer Dynamik führt zu einer zunehmenden Polarisierung und einem schwindenden Vertrauen in die Behörden. Dies schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, beeinträchtigt die Resilienz unseres demokratischen Systems und schränkt unsere kollektive Fähigkeit ein, Krisen wirksam zu bewältigen.

Wie bereits angedeutet, sind unser demokratisches Modell und die Werte, die es stützen, durch weit verbreitete Desinformation, auch über soziale Netzwerke, zunehmend unter Druck geraten. Erhöhte Ängste im Zusammenhang mit bereits vorhandenen Sorgen (Gesundheit, Klima, soziale Isolation), verstärkt und verzerrt durch soziale Netzwerke, die manchmal aus dem Ausland gesteuert werden, bieten keinen Halt und fördern Manipulation. In diesem Zusammenhang stellt die psychische Gesundheit, insbesondere von Jugendlichen, eine zentrale Herausforderung dar.

Ebenso steht die Gesellschaft angesichts der Migrations- und Grenzverwaltung unter Druck. Die reguläre Migration trägt zur Stabilität und zum Wohlstand unseres Landes bei, während die irreguläre Migration unseren sozialen Zusammenhalt beeinträchtigt und unser Gesellschaftsmodell schwächt. Wie jedes mehrdimensionale Phänomen birgt auch die Migration Risiken: Migrantinnen und Migranten werden regelmäßig Opfer von kriminellen Netzwerken, die die unkontrollierte irreguläre Migration zu einem Wirtschaftsmodell machen. Bestimmte Migrationsströme werden übrigens von Staaten wie Russland gesteuert, um den Druck auf die EU-Außengrenzen zu erhöhen und interne Spannungen zu schüren, was zusätzliche Risiken für die innere Sicherheit, den Zusammenhalt und die Stabilität unseres Landes mit sich bringt.

● Aufkommende und disruptive technologische Entwicklungen

Bestimmte technologische Entwicklungen vollziehen sich so schnell, dass ihr Umfang und ihre Auswirkungen, auch auf andere Bedrohungen, nicht immer sofort richtig eingeschätzt werden können. Daher können sie potenziell auch zu Risiken führen. Es sind nicht die technologischen Entwicklungen an sich, sondern die unbeabsichtigten Folgen und der mögliche Missbrauch, die ein Risiko darstellen.

Technologien wie künstliche Intelligenz, Blockchain, Kryptowährungen und Quantencomputer sind auf dem Vormarsch. Sie schaffen jedoch auch Unsicherheiten in Bezug auf Sicherheit, Ethik, Umwelt und gesellschaftliche Auswirkungen. Die Verwendung von Kryptowährungen durch kriminelle Organisationen ist ein weit verbreitetes und gut dokumentiertes Phänomen, ebenso wie ihre Verwendung in geringerem Umfang durch terroristische Gruppen.

Künstliche Intelligenz (KI) hat in fast allen automatisierten Prozessen Einzug gehalten. Die Auswirkungen dieser Technologien sind noch nicht in vollem Umfang bekannt, aber ihre potenziellen Auswirkungen auf Sicherheit und Verteidigung sind erheblich. Die Quantentechnologie macht große Fortschritte und hat das Potenzial, in der nächsten Entwicklungsstufe selbst die anspruchsvollsten Verschlüsselungscodes zu knacken.

Die Integration von Quantencomputern und KI könnte den Weg für besonders leistungsfähige Algorithmen ebnen, die die Verarbeitung großer Mengen komplexer Daten erheblich beschleunigen. Darüber hinaus können diese Technologien auch als Waffen eingesetzt werden, um die Souveränität anderer Staaten, insbesondere im Cyberspace, zu untergraben.

Darüber hinaus nehmen unbemannte Luffahrzeuge (Drohnen) in militärischen, zivilen und kommerziellen Anwendungen rasch zu. Ihre schnelle Verfügbarkeit und Vielseitigkeit machen sie zu einem potenziell leistungsstarken Instrument für Überwachung, Logistik, Präzisionsangriffe oder Sabotage. Solche Technologien können neue Bedrohungen für die Sicherheit der Zivilbevölkerung, kritischer Infrastrukturen und militärischer Systeme mit sich bringen und veranschaulichen, wie schnell aufkommende Technologien traditionelle Sicherheitsrisiken verstärken oder verändern können.

Europa ist in wichtigen technologischen Bereichen nicht mehr führend und läuft Gefahr, dauerhaft zurückzufallen. Es verfügt jedoch über eine solide Wissensbasis und ein erhebliches, noch nicht vollständig ausgeschöpftes Potenzial in technologischen Schlüsselbereichen. Darüber hinaus stellen sich neue ethische Fragen hinsichtlich der möglichen Anwendung neuer Technologien und ihrer Zwecke.

● Risiken für die Volksgesundheit und Naturgefahren

Belgien ist zunehmend mit verschiedenen Naturrisiken konfrontiert, die durch den Klimawandel noch verschärft werden. Diese umfassen alle Arten von extremen Wetterbedingungen und biophysikalischen Prozessen auf der Erde.

Auf nationaler Ebene bedrohen diese Risiken die wirtschaftliche Stabilität und die öffentlichen Finanzen, setzen unsere Lebensmittelsysteme zunehmend unter Druck, gefährden die Volksgesundheit und schädigen die Ökosysteme, von denen Belgien abhängig ist.

Auf internationaler Ebene beeinflussen Naturrisiken auch die Machtverhältnisse, erhöhen das Konfliktrisiko, verstärken Migrationsbewegungen und stellen eine große Bedrohung für die Ernährungssicherheit und die Weltwirtschaft dar. Das rasch wachsende Interesse der Großmächte an der Arktis und insbesondere an Grönland verdeutlicht diese geopolitischen Auswirkungen. Neue Handelswege und potenzielle militärische Einsatzgebiete entstehen, während der Kampf um den Zugang zu strategischen Rohstoffen die Agenda der Großmächte mitbestimmt. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, verstärkt Migrationsbewegungen und stellt eine Bedrohung für die weltweite Ernährungssicherheit, den Handel und die Lieferketten dar.

Die Europäische Union und Belgien sind aufgrund ihrer sehr offenen und global integrierten Volkswirtschaften und ihrer Abhängigkeit von strategischen Rohstoffen und Energie in dieser Hinsicht besonders gefährdet. Gleichzeitig haben wir uns als Union zu einem noch nie dagewesenen Übergang zu erneuerbaren Energien und zur Kohlenstoffneutralität verpflichtet. Dieser Übergang bringt zusätzliche Herausforderungen mit sich, erhöht die Bedeutung strategischer Rohstoffe und bietet gleichzeitig eine einzigartige Gelegenheit, die Abhängigkeit Europas von Monopolen zu verringern.

Genau diese Verknüpfung von natürlichen und ökologischen Belastungen mit sozialen und wirtschaftlichen Systemen wirkt sich auf die Volksgesundheit und die Resilienz der Gesellschaft aus. Großflächige Gesundheitsereignisse, wie das Auftreten und die rasche Ausbreitung neuer Infektionskrankheiten, können zu schwerwiegenden Störungen mit weitreichenden Folgen für das menschliche Wohlbefinden, die soziale Stabilität und die Wirtschaftstätigkeit führen. Solche Krisen setzen das Gesundheitssystem stark unter Druck und können die Kontinuität grundlegender Dienstleistungen untergraben, beispielsweise durch einen erhöhten Pflegebedarf oder Unterbrechungen kritischer Versorgungsketten, für z. B. Arzneimittel und medizinische Hilfsmittel. Sie haben auch indirekte Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit, die Umwelt und den internationalen Handel. Auch CBRNe¹-Bedrohungen stellen ein ernsthaftes Risiko für die Volksgesundheit dar, das von Unfällen bis hin zu vorsätzlichen Anschlägen und (hybriden) Angriffen auf unser Territorium reicht, was enorme Auswirkungen auf unsere medizinische Reaktionsfähigkeit und Kapazität haben kann.

Schließlich können strukturelle Gesundheitsentwicklungen bestehende Bedrohungen verstärken und als Katalysator für umfassendere soziale und wirtschaftliche Störungen wirken. Dadurch entsteht ein direkter Zusammenhang zwischen Naturrisiken, Umwelt- und Klimastörungen sowie der Gesundheit und Resilienz der Gesellschaft, was deutlich macht, wie wichtig es ist, diese Herausforderungen in der Nationalen Sicherheitsstrategie ganzheitlich anzugehen.

1 chemische, biologische, radiologische, nukleare und explosive Stoffe





Strategische Leitlinien

Politische Leitlinien

Diese politischen Leitlinien stellen die Antwort auf das in den vorangegangenen Kapiteln skizzierte instabile strategische Umfeld in Form eines „*whole of government*“-Ansatzes dar. „*Whole of government*“ ist ein allgemeines Konzept, das alle Behörden dieses Landes im Rahmen unserer nationalen Sicherheit an einen Tisch bringt. Zu den Grundprinzipien unseres nationalen Vorgehens gehören die Achtung der Kompetenzen und des Fachwissens aller Beteiligten, die Einbeziehung vom Konzept bis zur Entscheidung, eine enge thematische Zusammenarbeit und der Informationsaustausch. Sie sind die Richtschnur für kollektive und ganzheitliche Anstrengungen aller relevanten Akteure im Rahmen eines „*whole of society*“-Ansatzes, bei dem in den Zuständigkeitsbereichen aller Beteiligten ein gemeinsamer Beitrag zur allgemeinen Sicherheit geleistet wird. Die kollektive Verteidigung unserer vitalen Interessen lässt sich in **drei großen Achsen** bündeln, die jeweils in eine Reihe von Aktionslinien unterteilt sind. Sie verstärken sich gegenseitig und haben sowohl einen internen als auch einen externen Fokus.

01. Schutz unserer Bevölkerung.

Dazu gehört, dass wir unsere Schwachstellen verringern und die grundlegenden Elemente unserer kollektiven Sicherheit verteidigen. Außerdem stärken wir unsere strategische Autonomie, als Land, aber auch als Europäische Union.

02. Stärkung unserer Souveränität.

Dazu gehört die Stärkung unserer Fähigkeit, unser Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und die Kontrolle über unser wirtschaftliches, soziales und gesellschaftliches Modell zu übernehmen. Wir reduzieren kritische Abhängigkeiten in den Bereichen Wirtschaft, Industrie, Sicherheit und Technologie sowie bei der Versorgung mit lebenswichtigen Waren, einschließlich Gesundheitsprodukten und Arzneimitteln. Gleichzeitig gehen wir gegen unsere Schwachstellen in Bezug auf ausländische Einmischung, Spionage und Desinformation vor.

03. Stärkung unserer Resilienz.

Dazu gehört auch die Verbesserung unserer Fähigkeit, den Auswirkungen einer größeren Krise standzuhalten, unabhängig von ihrer Art oder Ursache. Zu diesem Zweck gewährleisten wir grundlegende Dienstleistungen und sorgen für das reibungslose Funktionieren der Behörden und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Resilienz besteht aus einer Reihe von Maßnahmen, die von der Prävention und Notfallplanung über redundante Systeme und Anpassungsmechanismen bis hin zu Interventionsmöglichkeiten, Krisenmanagement und Wiederherstellung reichen. Neben wirksamen staatlichen Maßnahmen sollte auch die Bereitschaft der Gesellschaft gestärkt werden. In diesem Zusammenhang sind auch der Klimawandel und die nachhaltige Entwicklung integrale Bestandteile unseres Resilienzkonzepts, da sie sich unmittelbar auf die Stabilität unseres Lebensumfelds auswirken.

● **Verteidigung des Landes und seiner Bevölkerung gegen konventionelle, nichtkonventionelle und hybride Bedrohungen**

Der Eckpfeiler unserer kollektiven Verteidigung bleibt die NATO. Wir sind uns der Notwendigkeit bewusst, einen wirksamen Beitrag zur kollektiven Abschreckung zu leisten, um einerseits unser eigenes Territorium und unsere Gesellschaft zu schützen und andererseits unsere Verbündeten solidarisch zu unterstützen. Dabei ist der Aufbau einer starken belgischen Tragfähigkeit und eines europäischen Pfeilers innerhalb der NATO von wesentlicher Bedeutung.

Es ist nicht mehr auszuschließen, dass Belgien gezwungen sein wird, Streitkräfte außerhalb seines Staatsgebiets einzusetzen, um einen Verbündeten zu unterstützen. Darüber hinaus sollten wir auch bereit sein, Verbündete zu unterstützen, die unser Land beim Transit von oder zu einem Einsatzgebiet innerhalb des NATO-Gebiets benötigen.

Wir sind dabei, unsere Streitkräfte tiefgreifend und strukturell umzugestalten. Wir beseitigen kritische Kapazitätslücken, bauen strategische Munitionsbestände auf, stärken die Personalbestände und deren Einsatzfähigkeit, einschließlich der Reservisten, und bauen eine territoriale Reserve auf. In diesem Zusammenhang ist die Einführung eines freiwilligen Wehrdienstjahres ein wichtiger Schritt, um die Personalbasis zu stärken und die gesellschaftliche Verankerung des Ministeriums der Landesverteidigung zu vertiefen.

Solange es Atomwaffen gibt, wird eine glaubwürdige nukleare Abschreckung ein wesentlicher Bestandteil der kollektiven Sicherheit der NATO und Europas bleiben. Belgien wird seiner diesbezüglichen Verantwortung weiterhin gerecht werden. In diesem Zusammenhang trägt die Abschreckung auch zur Sicherheit und Stabilität des europäischen Kontinents bei und ist sie Teil der umfassenderen europäischen Sicherheitsarchitektur. Diese Abschreckung zielt aber auch auf die Erhaltung des Friedens und die Verhinderung von Aggressionen ab: Belgien wird seine Verantwortung auch konsequent durch ein aktives Engagement für Rüstungskontrolle, Nichtproliferation und Abrüstung ergänzen.

Zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger gehört auch die konsularische Notfallhilfe für belgische Staatsangehörige. Für die rund 500.000 Belgierinnen und Belgier, die außerhalb der Landesgrenzen leben, sowie für diejenigen, die im Ausland in Schwierigkeiten geraten, sollte unser diplomatisches Netzwerk in der Lage sein, Unterstützung zu leisten. Gleichzeitig ist es für unsere Staatsangehörigen wichtig, sich ihrer Verantwortung bei Auslandsreisen bewusst zu sein.

Die zunehmende Zahl von Krisen und Evakuierungen aus Risiko- oder Konfliktgebieten zeigt, wie wichtig ein flexibles diplomatisches und konsularisches Netzwerk ist. Wir entwickeln weiterhin ein koordiniertes Vorgehen zwischen der Föderalregierung und den föderierten Gebietskörperschaften und sorgen für eine gute Abstimmung mit dem Ministerium der Landesverteidigung und dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, sowohl bei der Evakuierung selbst als auch bei der anschließenden Aufnahme und Begleitung der Evakuierten.

● **Stärkung der strategischen Autonomie und der Funktionsfähigkeit der EU**

Wir befürworten die Stärkung der offenen strategischen Autonomie der Europäischen Union: die Fähigkeit, unabhängig zu entscheiden und zu handeln, um ihre Sicherheit, ihre Interessen und ihre Werte zu schützen, in Ergänzung zu den internationalen Partnern. Die Gewährleistung dieser Autonomie bedeutet nicht, dass Europa sich isolieren sollte, sondern dass es in der Lage sein sollte, auf der Grundlage seiner eigenen Kapazitäten und soliden Infrastrukturen strategische Entscheidungen zu treffen.

Die Diversifizierung und Risikominderung von Lieferketten sowie die Sicherung der Versorgung in strategischen Sektoren wie Energie, Gesundheit, kritische Rohstoffe, Verteidigung und grundlegende Güter sind die Bausteine dafür.

Digitale Souveränität ist bis heute eine wesentliche Voraussetzung für unsere Sicherheit. Die Mitgliedstaaten können nur dann angemessen vor ausländischer Einmischung und strategischer Abhängigkeit geschützt werden, wenn sie die Kontrolle über ihre digitale Infrastruktur, ihre Datenökosysteme und ihre kritischen Technologien behalten. Die Erhaltung und Vertiefung des Binnenmarktes, auch für Kapital, Energie und Verteidigung, ist daher ein strategisches Ziel für unser Land.

Der EU-Erweiterungsprozess ist ein wichtiges Instrument zur Stärkung von Frieden, Sicherheit und Wohlstand auf dem europäischen Kontinent. Dieser Prozess basiert weiterhin auf Verdienst, wobei alle Bewerberländer die Beitrittskriterien erfüllen müssen. Die bestehenden europäischen Verträge und die ihnen zugrunde liegenden Grundsätze bleiben der Referenzrahmen. Außerdem ist und bleibt die Erweiterung ein geopolitisches Instrument. Wir erkennen an, dass sie im gegenwärtigen Kontext ausdrücklich eine geopolitische Dimension hat und haben kann. Wir müssen vermeiden, dass der sichere und stabile Raum, den die EU bietet, für Länder, die in das europäische Projekt im weiteren Sinne passen, unerreichbar wird. Deshalb müssen wir bereit sein, pragmatisch und

zeitnah zu handeln, ohne unsere fundamentalen Grundsätze aufzugeben. Dies kann durch Zwischenlösungen geschehen, die den Kern des Rechtsrahmens nicht berühren, aber eine glaubwürdige Perspektive bieten. Bei künftigen Beitritten sollte auch die Fähigkeit zur effektiven Aufnahme und Integration neuer Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. Die EU sollte sich rechtzeitig und strukturell darauf vorbereiten. Wir müssen daher auf einen Entscheidungsprozess hinarbeiten, der effizient und praktikabel ist, Lähmungen vermeidet und gleichzeitig die Interessen aller Mitgliedsstaaten schützt. Eine Überprüfung der EU-Verwaltungsarchitektur und eine weitere funktionale Integration sind daher ein integraler Bestandteil unserer Zukunftsstrategie für die EU.

Neben der Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten wird Belgien auch die Entwicklung von Formen der Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten in Erwägung ziehen, die nicht Mitglied der EU sind, mit denen es aber gemeinsame Interessen teilt, insbesondere in den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft, und aufgrund der geografischen Nähe, beispielsweise im Nordseeraum. Die Benelux-Staaten sind in einer guten Position, um bei der Entwicklung neuer politischer Initiativen im EU-Kontext eine Vorreiterrolle zu spielen, auch im Bereich der Sicherheit, zum Beispiel bei der militärischen Mobilität.

● **Verteidigung des Völkerrechts, der multilateralen Ordnung und der internationalen Zusammenarbeit**

Der Multilateralismus spielt in der belgischen Außenpolitik eine entscheidende Rolle. Belgien setzt sich weiterhin dafür ein, den internationalen Rechtsrahmen zu erhalten, zu stärken und erforderlichenfalls zu reformieren.

Unsere Sicherheit und unser Wohlstand hängen von der Verteidigung des internationalen Normensystems ab, das das Verhalten der internationalen Akteure reguliert. Die Bekämpfung der Straflosigkeit ist eine Priorität, auch durch die weitere Unterstützung internationaler Gerichte wie des Internationalen Strafgerichtshofs und des Internationalen Gerichtshofs. Belgien wird sich im Rat der Europäischen Union weiterhin für eine klare europäische Position einsetzen, die einerseits Maßnahmen ablehnt, die das Funktionieren des Internationalen Strafgerichtshofs untergraben, und andererseits die Zusammenarbeit privater Akteure mit dem Gerichtshof unterstützt. Wir befürworten auch eine weitere Stärkung des rechtlichen Rahmens des Römischen Statuts und ermutigen die Staaten, auch die Abänderungsanträge zu ratifizieren. Darüber hinaus unterstützen wir einen konstruktiven Dialog über die Weiterentwicklung der Befugnisse des Gerichtshofs bei Aggressionsverbrechen und sind offen für die Prüfung weiterer Abänderungsanträge.

Belgien unterstützt die Ausarbeitung eines Übereinkommens über die Prävention und Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, da es dem Kampf gegen die Straflosigkeit bei schweren internationalen Verbrechen große Bedeutung beimisst. Wir bleiben auch dem humanitären Völkerrecht und den internationalen Abrüstungsinstrumenten, einschließlich des Ottawa-Übereinkommens und des Übereinkommens über Streumunition, verpflichtet.

Belgien setzt sich weiterhin aktiv für die Grundsätze der Demokratie, der Menschenrechte, der verantwortungsvollen Staatsführung und der nachhaltigen Entwicklung ein, um ein Gegengewicht zu einer internationalen Ordnung zu schaffen, die auf dem Recht des Stärkeren basiert. Gleichzeitig schützen wir diese Interessen pragmatisch und realistisch, indem wir Prioritäten setzen, mit Partnern zusammenarbeiten und Maßnahmen verhältnismäßig und durchführbar anwenden.

Wir gestalten unsere Entwicklungszusammenarbeit durch für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaften. Dies geschieht auf grundlegende, aber pragmatische Weise unter Berücksichtigung unserer Sicherheit und unserer Interessen, einschließlich unserer Prioritäten bei den globalen öffentlichen Gütern. Besonderes Augenmerk wird auf fragile und konfliktträchtige Kontexte gelegt, in denen humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensinitiativen besser aufeinander abgestimmt sind. Dieses integrierte Vorgehen stärkt die globale Stabilität und Sicherheit und trägt dazu bei, transnationale Risiken wie Instabilität, Unterbrechung der Lieferkette, Migrationsströme, Extremismus und internationale Kriminalität zu mindern.

● **Bewältigung von Klima- und Umweltherausforderungen**

In Belgien erfordert die enge Interdependenz der Klima- und Umweltkompetenzen zwischen der föderalen Ebene und den Ebenen der föderierten Gebietskörperschaften eine Harmonisierung, um eine kohärente, effektive und effiziente Sicherheitspolitik zu verfolgen.

Die belgischen Behörden investieren in Null-Emissions-Energie, nachhaltige Infrastrukturen und Innovation auf der Grundlage einer Energiestrategie, die Sicherheit, Nachhaltigkeit und strategische Autonomie miteinander verbindet. Ziel ist es, ein klimaneutrales und resilientes Umfeld zu schaffen, das extremen Wetterereignissen und dem Klimawandel standhalten kann, da diese Druck auf wichtige Ressourcen, Gesundheit, kritische Infrastruktur und sozioökonomische Stabilität ausüben.

Daher setzt Belgien weiterhin auf klimaszenariobasierte Risikobewertungen als gemeinschaftliche Grundlage für Raumordnung, Notfallplanung, Katastrophenschutz und Anpassungsmaßnahmen im Einklang mit dem EU-Rahmen für Klimaresilienz. Auf der Ebene der föderierten Gebietskörperschaften werden die Anpassungsstrategien nach einem integrierten und sektorübergreifenden Ansatz entwickelt.

02 Stärkung unserer Souveränität

● Stärkung unserer wirtschaftlichen Sicherheit

Die Stärkung unserer wirtschaftlichen Sicherheit erfordert ein kohärentes Vorgehen, das die Verankerung bestehender Interessen mit gezielter Diversifizierung, dem Abbau kritischer Abhängigkeiten und dem Aufbau nachhaltiger strategischer Partnerschaften verbindet.

Belgien erhöht die Resilienz seiner Lieferketten durch die Diversifizierung von Lieferanten, Märkten und Rohstoffen sowie durch Investitionen in Innovation und eigene Kapazitäten. In diesem Zusammenhang ist der Schutz kritischer physischer, digitaler und finanzieller Infrastrukturen von entscheidender Bedeutung, ebenso wie der Schutz von Technologien, die Verhinderung von Wissenslecks und die Bekämpfung wirtschaftlicher Zwänge.

In enger Zusammenarbeit mit anderen EU-Mitgliedstaaten setzt Belgien die Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit (*promote, partner, protect*) um. Defensiv Maßnahmen zum Schutz von Infrastruktur, Technologie und Versorgung, mit besonderem Schwerpunkt auf Energie, Lebensmitteln und Gesundheitsprodukten, werden mit offensiven Aktionen durch internationale Partnerschaften und Marktdiversifizierung kombiniert.

Um auf diese Herausforderungen kohärent zu reagieren, stimmen die Föderalbehörde und die föderierten Gebietskörperschaften ihre Maßnahmen aufeinander ab und verstärken die Koordinierung zwischen Wirtschafts- und Sicherheitsakteuren. Dazu gehört eine Auflistung der bereits bestehenden Maßnahmen und ihrer möglichen Lücken, wobei auch andere laufende Strategien berücksichtigt werden. In Verbindung mit dieser Politik wird ein Überwachungsmechanismus eingerichtet, um auf externe Bedrohungen und Risiken zu reagieren, die unseren Wohlstand gefährden könnten. Dies geschieht unter Berücksichtigung der besonderen Rolle der KMU, die eine gezielte Unterstützung bei der Krisenvorsorge und -bewältigung benötigen.

Besonderes Augenmerk wird auf prioritäre Bereiche wie kritische Infrastrukturen, Schlüsseltechnologien, Rohstoffe, Energie und digitale Resilienz gelegt. Dies beruht auf europäischer Zusammenarbeit und Instrumenten wie dem Screening ausländischer Investitionen, Export- und Wissenskontrollen, Industriepolitik und staatlichen Beihilfen sowie Krisenmechanismen für die Lieferkette. All dies ist Teil einer offenen strategischen Autonomie: Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz ohne Protektionismus, mit starker öffentlich-privater Zusammenarbeit und verhältnismäßigen Maßnahmen.

● Verringerung unserer technologischen Abhängigkeit und Steigerung unserer Wettbewerbsfähigkeit

Während die wirtschaftliche Sicherheit den breiteren Rahmen für den Schutz des wirtschaftlichen Funktionierens unseres Landes bildet, sind die Verringerung der technologischen Abhängigkeiten und die Stärkung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit entscheidende Hebel für unsere strategische Autonomie.

Wir verringern unsere technologische und digitale Abhängigkeit, indem wir unsere wichtigsten Schwachstellen analysieren und nach Möglichkeit auf nationale oder europäische Alternativen zurückgreifen. Wir schützen die Innovation durch eine interföderale Koordinierung der Wissenssicherheit und verstärkte Kontrollen der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage.

Die Zusammenarbeit zwischen Forschungs- und Innovationsakteuren und Nachrichtendiensten wird gewährleistet, und ausländische Investitionen werden wirksam geprüft. Gleichzeitig investieren wir weiterhin in Forschung und Entwicklung und bauen Produktionskapazitäten für Produkte und Dienstleistungen mit hohem strategischem Mehrwert auf.

Die Europäische Union bleibt für unseren Wohlstand und unsere Wettbewerbsfähigkeit unverzichtbar. Wir unterstützen daher einerseits die weitere Integration des Binnenmarktes und andererseits die Verringerung strategischer Abhängigkeiten, unter anderem durch die Diversifizierung der Lieferketten und die Energiewende. Belgien übernimmt, auch im Benelux-Kontext, eine führende Rolle bei der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen.

In einem unsicheren globalen Kontext trägt der regelbasierte internationale Handel weiterhin zu nachhaltiger Entwicklung und Wohlstand bei. Wir setzen uns daher für eine reformierte Welthandelsorganisation (WTO) ein und, wo nötig, für die Unterstützung europäischer Handelsschutzinstrumente. Darüber hinaus werden die Diversifizierung der Handelspartnerschaften und die Handelsagenda der Europäischen Kommission gleichzeitig vorangetrieben.

● **Stärkung unserer industriellen und technologischen Verteidigungsbasis**

Wir müssen unsere industrielle und technologische Verteidigungsbasis ausbauen, indem wir die nationalen Militärausgaben mobilisieren und ein ergebnisorientiertes Vorgehen für europäische und transatlantische Entwicklungsprogramme verfolgen.

Belgien profiliert sich dank der Entwicklung seiner Industrie als zuverlässiger und innovativer Partner bei der Umgestaltung der europäischen Verteidigung. Auch unsere Produktionskapazitäten werden gestärkt, damit wir in der Lage sind, wichtige militärische Ausrüstungsgegenstände wie Munition oder Reserveteile schnell, nachhaltig und in großen Mengen zu produzieren, um im Krisenfall möglichst wenig von externen Lieferanten abhängig zu sein.

Die Föderalbehörde und die föderierten Gebietskörperschaften unterstützen gemeinsam unsere industrielle Verteidigungspolitik und Innovationsfähigkeit durch strukturelle Zusammenarbeit. Wir setzen uns aktiv für die Zusammenarbeit zwischen unserem diplomatischen Netzwerk, der Industrie, der Wissenschaft und den Innovationsakteuren ein. Wir fördern die Interessen der nationalen Verteidigungsindustrie im Ausland durch ein kohärentes Vorgehen.

● **Bekämpfung von Desinformation**

Belgien verstärkt den Schutz seiner demokratischen Prozesse gegen Desinformation und ausländische Informationsmanipulation. Diese Phänomene können Wahlen beeinflussen, das Vertrauen in Institutionen und Medien untergraben und Polarisierung und soziale Unruhen verstärken.

Zu diesem Zweck werden die Aufdeckung und Überwachung feindlicher Informationskampagnen durch strukturelle Überwachung und koordinierte Analysen zwischen den zuständigen Dienststellen verstärkt. Für erkannte Kampagnen werden rechtzeitig Warnungen und Gegenmaßnahmen vorbereitet, die durch gezielte strategische Mitteilungen an die Bürgerinnen und Bürger und die betroffenen Sektoren ergänzt werden.

Belgien entwickelt außerdem einen spezifischen Rahmen für den Umgang mit ausländischer Einmischung in den Informationsbereich, wobei der Schwerpunkt auf Wahlperioden und Krisensituationen liegt. Die Zusammenarbeit mit Technologieunternehmen, Medien und europäischen Partnern wird dabei strukturell organisiert.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die gesellschaftliche Resilienz durch Sensibilisierung und Medienkompetenz, damit die Bürgerinnen und Bürger manipulative Informationen besser erkennen können.

● **Bekämpfung von ausländischer Einmischung und Spionage**

Wir arbeiten an einer Strategie zur Bekämpfung ausländischer Einmischung und konzentrieren uns dabei auf nachrichtendienstliche Maßnahmen, psychologische Operationen und Auslandsspionage. Diese Strategie umfasst die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Behörden sowie die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, der Wissenschaft und unserer Bevölkerung.

Wir stärken unsere nationalen Kapazitäten zur Abschreckung und Vereitelung von Einmischungs- und Spionageaktivitäten in unserem Land. Wir wollen dies durch die Umsetzung der Reformen des Strafgesetzbuches aus dem Jahr 2024 erreichen, die unter anderem die Einmischung einer ausländischen Macht in den belgischen Entscheidungsprozess unter Strafe stellen. Zu diesem Zweck verstärken wir die Zusammenarbeit zwischen Nachrichten- und Sicherheitsdiensten.

Wir entwickeln einen gemeinsamen Rahmen für die Sicherheit von Wissen, um den ungewollten Transfer von sensiblem Wissen und Technologie zu verhindern, ausländische Einmischung in Bildung und Forschung zu bekämpfen und den Missbrauch von Daten und Forschungsergebnissen zu vermeiden. Darüber hinaus sollten Werte wie akademische Freiheit, Offenheit und wissenschaftliche Integrität in diesem Prozess gewahrt werden. Wir reagieren auf die Bedürfnisse der Akteure des belgischen Forschungs- und Innovationssystems mit einer Reihe von Instrumenten und Dienstleistungen, die die bestehenden Instrumente der Exportkontrolle und der Auslandsinvestitionen ergänzen.

Wir setzen unsere internationalen Partnerschaften in diesem Bereich fort und sorgen dafür, dass wir ein glaubwürdiger Partner bleiben, auch was den Austausch sensibler und geheimer Informationen angeht. Wir sensibilisieren die am stärksten betroffenen Abteilungen für Risiken und entwickeln Instrumente zur Förderung einer verstärkten Sicherheitskultur in staatlichen Organisationen.

03 Stärkung unserer Resilienz

● Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Belgien verteidigt konsequent die europäischen Werte der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Eine transparente Kommunikation über politische Entscheidungen und ihren sozialen Zweck ist somit ein wesentlicher Bestandteil des demokratischen Funktionierens und des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen.

Das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit wird durch eine zugängliche und glaubwürdige Arbeitsweise der Justiz weiter gestärkt. Wenn dieses Vertrauen schwindet, gerät auch der soziale Zusammenhalt unter Druck.

Jeder, der sich in unserem Land aufhält, sollte sich sicher und geschützt fühlen können. Daher werden die Nachrichten- und Sicherheitsdienste auch verstärkt gegen grenzüberschreitende Repression vorgehen, die sich gegen Einzelpersonen auf belgischem Boden richtet, und über den Schutz des demokratischen Raums und der Grundfreiheiten wachen.

● Bekämpfung der organisierten Kriminalität

Der Kampf gegen die internationale kriminelle Wirtschaft und die damit verbundenen kriminellen Organisationen ist eine Priorität und wird daher verstärkt werden. Diese Bedrohung erfordert ein multidisziplinäres Vorgehen mit einer engen Zusammenarbeit zwischen allen Befugnisebenen und Sicherheitspartnern. Dies erfordert ein gemeinsames und aktuelles nationales Bild der wichtigsten Kriminalitätsphänomene und ihrer Zusammenhänge. Ein wirksames Vorgehen setzt voraus, dass alle Partner innerhalb eines klaren rechtlichen und politischen Rahmens relevante Daten austauschen können. Die Verknüpfung von Daten über Abteilungen und Befugnisebenen hinweg ist daher eine strategische Notwendigkeit, um die Verwaltung proaktiver zu machen.

Da kriminelle Organisationen nach einem globalisierten Modell operieren, sollte jedes Glied ihrer Aktivitäten ins Visier genommen werden. Dies bedeutet nicht nur polizeiliche und gerichtliche Maßnahmen gegen den illegalen Handel (z. B. Drogen-, Waffen- oder Menschenhandel) und andere illegale Aktivitäten (Betrug, Erpressung, Fälschung, Computerbetrug), sondern auch die Verstärkung der Sicherheit an den Land-, Luft- und Seegrenzen des Landes, da diese wichtige Einfallstore für den Transit illegaler Waren sind. Belgien stärkt die Sicherheit in Logistikzentren durch die Entwicklung eines multidisziplinären Sicherheitsplans für jedes strategische Tor. Im Bereich der Seehäfen nimmt Belgien eine internationale Vorreiterrolle ein, indem es die Anwendung des Internationalen Codes für die Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen (ISPS-Code) anpasst und seinen Geltungsbereich ausdrücklich auf die organisierte Kriminalität ausweitet. Darüber hinaus wird das Vorgehen in unseren Großstädten planmäßig verstärkt und ein integrierter Kettenansatz verfolgt.

Belgien zielt auf den Kern des organisierten Verbrechens ab, indem es das kriminelle Einkommensmodell knackt: kriminelle Gewinne werden aufgespürt, verfolgt, blockiert, beschlagnahmt und, wenn möglich, anderen Zwecken zugeführt. Zu diesem Zweck wird die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Behörden, die in der Bekämpfung von Steuer- und Finanzbetrug tätig sind, im Hinblick auf eine bessere Identifizierung und Einziehung von kriminellen Vermögenswerten verstärkt. In diesem Zusammenhang sind die Einrichtung eines Finanz- und Steuerfahndungsdienstes und einer speziellen Finanzabteilung bei der Föderalstaatsanwaltschaft sowie die Aufstockung des (spezialisierten) polizeilichen Ermittlungsauftrags wichtige Instrumente, um die Wirksamkeit dieser Bekämpfung zu erhöhen.

In diesem Zusammenhang ist die internationale polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit ein Grundpfeiler unserer kollektiven Sicherheit. Sie stärkt den Umgang mit grenzüberschreitenden Bedrohungen, indem sie einen effizienten Informationsaustausch ermöglicht, die grenzüberschreitende Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen fördert und die Rechtshilfe, auch in Bezug auf Auslieferung und internationale Rechtshilfeersuche, unterstützt. Durch bilaterale und multilaterale Partnerschaften können die zuständigen Behörden ihre Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Cyberkriminalität und des Terrorismus besser koordinieren und so eine kohärente und wirksame Antwort auf globale Herausforderungen geben.

● Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus

Wir halten an der koordinierten Politik zur Bekämpfung von Terrorismus und des gewalttätigen Extremismus fest, die auf einer kontinuierlichen Bewertung der Bedrohungslage beruht. Dabei berücksichtigen wir sowohl exogene als auch endogene Bedrohungen sowie konfessionelle und ideologische Extremisten, wobei der Schwerpunkt uns auf der Online-Dimension liegt.

Die Bekämpfung von Radikalisierung, religiöser Verfolgung und Extremismus bleibt eine Priorität. Wir bekämpfen weiterhin das Wiedererstarken bewaffneter und terroristischer Gruppen sowie deren terroristische Propaganda, die sich auf unser Hoheitsgebiet oder unsere nationalen Interessen auswirken. Wir verstärken die Zusammenarbeit zwischen unseren Partnern bei der Terrorismusbekämpfung.

Die Föderalbehörde verstärkt die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch nicht nur mit den förderierten Gebietskörperschaften, sondern auch zwischen den für die Terrorismus-, Asyl- und Migrationsbekämpfung zuständigen Behörden auf europäischer Ebene, unter anderem durch den weiteren Ausbau der Fluggast- und Reisedatenanalyse und eines europäischen Informationsnetzwerks. Wir werden uns auch auf die Bekämpfung von terroristischen und extremistischen Online-Inhalten konzentrieren. Besondere Aufmerksamkeit wird auch dem (Schutz von) Jugendlichen gewidmet, die in den letzten Jahren unverhältnismäßig häufig in Bedrohungsakten zu finden waren.

● **Stärkung unserer Krisenvorsorge und Gewährleistung grundlegender Dienste**

Unser Land bereitet sich strukturell auf Krisen größeren Ausmaßes vor, indem es Präventions- und Notfallpläne sowie Hilfs- und Interventionskapazitäten auf der Grundlage regelmäßiger Risikoanalysen und multidisziplinärer Zusammenarbeit auf allen Befugnisebenen in mono- und multidisziplinären Kontexten entwickelt. Das Krisenmanagement, der damit verbundene Rechtsrahmen und die Mittel zur Unterstützung und Kommunikation werden im Einklang mit den Empfehlungen des Niinistö-Berichts weiter gestärkt, wobei der Schwerpunkt auf einer integrierten und komplementären zivil-militärischen Zusammenarbeit liegt, und zwar in Absprache mit allen relevanten Akteuren auf lokaler, provinzieller, teilstaatlicher und föderaler Ebene.

Die Kontinuität der wesentlichen Dienste hat hier Priorität. Daher wird auf die Resilienz kritischer Einrichtungen und kritischer Funktionen gesetzt, sodass erstens Störungen bewältigt werden können, ohne dass sofort ein nationaler Krisenmodus eingeleitet werden muss, und zweitens die Wiederherstellungsfähigkeit nach Krisen verbessert wird. Behörden, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger tragen in Verbindung mit Initiativen innerhalb der EU und der NATO gemeinsam Verantwortung.

Belgien arbeitet auch an rechtlichen und operativen Rahmenbedingungen für Situationen, die eine umfangreiche militärische Präsenz im Hoheitsgebiet erfordern. In schweren Krisen kann auch eine breite gesellschaftliche Mobilisierung erforderlich sein. Daher werden die Risikoaufklärung und -sensibilisierung verstärkt und der nationale Resilienzplan mit allen Behörden umgesetzt.

Darüber hinaus wird die Vorbereitung auf Gesundheitskrisen verstärkt, unter anderem durch europäische und internationale Zusammenarbeit in den Bereichen Datenaustausch, Forschung und Verfügbarkeit kritischer Medikamente und medizinischer Hilfsmittel. Die zunehmenden CBRNE-Bedrohungen erfordern auch eine angemessene zivil-militärische medizinische Bereitschaft, Reaktion und Tragfähigkeit. Auf diese Weise tragen wir zur globalen Gesundheitssicherheit bei und verringern die Risiken bei uns.

Abschließend liegt der Schwerpunkt auf dem Schutz und der Resilienz von Raumfahrtssystemen und den davon abhängigen kritischen Diensten, unter anderem durch ein interföderales Vorgehen, das die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren strukturell organisiert.

● **Gewährleistung unserer Cybersicherheit**

Die Verhinderung von Cyberangriffen und die Fähigkeit, sich dagegen zu wehren, stellen eine entscheidende Herausforderung für den Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen, das Funktionieren der Gesellschaft und die Kontinuität der wesentlichen Dienste dar.

Erforderlich sind zum einen eine Politik auf nationaler Ebene mit einer klaren Abgrenzung der Zuständigkeiten sowie eine kontinuierliche internationale Zusammenarbeit, vor allem innerhalb der EU und der NATO, um Informationen und Präventivwarnungen auszutauschen und Angriffe koordiniert abzuwehren.

Der belgische Ansatz zur Sicherheit im Cyberspace stützt sich auf vier Aktionsbereiche: Cybersicherheit (Schutz von Bevölkerung, Unternehmen, öffentlichen Diensten und kritischen Organisationen), Cyberstrafverfolgung, Cyberverteidigung und Cyberdiplomatie. Für jeden dieser Bereiche wird eine spezifische Strategie entwickelt werden.

Ein neuer „Cybernotfallplan“ soll eine kohärente Reaktion auf Cyberbedrohungen ermöglichen. Darüber hinaus sollten die Bevölkerung und die Wirtschaft weiter für das Thema Cybersicherheit und Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs im Falle eines möglichen Systemausfalls sensibilisiert werden, während wir weiterhin in öffentlich-private Partnerschaften zur Bekämpfung von Cyberangriffen investieren.

Unsere Cybersicherheitskapazitäten können auch durch die Entwicklung von Schutzinstrumenten unter Verwendung von Quantenkryptographie, von KI-gesteuerten Erkennungsmechanismen oder durch den Ausbau einer souveränen Cloud verbessert werden.

Im Falle von Angriffen durch einen staatlichen Akteur gibt Belgien im Rahmen seiner nationalen Cybersicherheitsstrategie den Ursprung des Angriffs öffentlich bekannt, wenn die rechtlichen, technischen und politischen Bedingungen dafür erfüllt sind.

Umsetzung und Überwachung

Die Nationale Sicherheitsstrategie gibt die Leitlinien für die Politik der belgischen Behörden vor und dient als Bezugsrahmen für koordinierte Maßnahmen.

Die Minister des Nationalen Sicherheitsrates, die durch die Ministerpräsidenten der Gemeinschaften und Regionen ergänzt werden, um der Notwendigkeit eines „*whole-of-governments*“-Ansatzes Rechnung zu tragen, sind für die Steuerung und die Gewährleistung der bereichsübergreifenden Kohärenz der Strategie verantwortlich.

Die politischen Leitlinien werden in Plänen und Strategien konkretisiert. In einer ersten Phase werden die bestehenden Pläne und Strategien inventarisiert und nach den oben genannten strategischen Leitlinien strukturiert. Die dazu beitragenden Pläne und Strategien der föderierten Gebietskörperschaften werden integriert. Eine strukturelle Beteiligung aller Behörden sowie ein guter Informationsaustausch sind in dieser Hinsicht von wesentlicher Bedeutung.

In einem zweiten Schritt nimmt der Nationale Sicherheitsrat in der oben genannten Zusammensetzung diese Übersicht zur Kenntnis und legt die Prioritäten für die Ausarbeitung der politischen Instrumente fest, die erforderlich sind, um die oben genannten politischen Orientierungen zu konkretisieren. Die neuen Instrumente sollten, wo immer möglich, Indikatoren und Bewertungsmechanismen enthalten. All dies sollte unter Einhaltung der Zuständigkeiten aller und der Regeln für die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der föderalen Ebene und den föderierten Gebietskörperschaften geschehen. In dieser Phase liegt der Schwerpunkt einerseits auf der Rationalisierung des breiten Spektrums an Strategien und Plänen und andererseits auf der Verbesserung der Kohärenz der bestehenden Instrumente.

In einer dritten Phase, sobald die Pläne genehmigt sind, wird die Überwachung der Umsetzung der Strategien Gegenstand einer regelmäßigen Bewertung auf der Grundlage der für jede Strategie festgelegten messbaren Indikatoren sein.

Um diese Ziele zu erreichen, werden der Koordinierungsausschuss für Nachrichten und Sicherheit (KANS) und der Strategische Ausschuss für Nachrichten und Sicherheit (Strategisch Comité voor Inlichting en Veiligheid, SCIV) durch eine ständige Stelle innerhalb der Kanzlei unterstützt. Unter der Leitung des Vorsitzenden des KANS und in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des SCIV wird diese Stelle die Aufgabe haben, aktiv Synergien zwischen bestehenden strategischen Plänen zu ermitteln, die Ausarbeitung von Teilstrategien zu unterstützen und deren Umsetzung zu überwachen. Dies wird unter Einhaltung der Regeln für die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der föderalen Ebene und den föderierten Gebietskörperschaften geschehen.

Diese Nationale Sicherheitsstrategie dient als sicherheitspolitischer Kompass; es ist daher angebracht, regelmäßig zu überprüfen, ob der eingeschlagene Kurs noch aktuell ist. Jede grundlegende Veränderung des Sicherheitsumfelds sollte eine Anpassung der politischen Leitlinien nach sich ziehen. In jedem Fall sollte zu Beginn jeder Legislaturperiode geprüft werden, ob die geplanten Maßnahmen mit den in dieser Strategie dargelegten politischen Entscheidungen übereinstimmen.

Schließlich ist die Strategie auch ein wesentlicher Pfeiler für die Entwicklung einer echten Sicherheitskultur in der gesamten Gesellschaft. Die notwendige Stärkung dieser Kultur wird durch gezielte Kommunikationskampagnen unterstützt. In Sektoren, die besonders anfällig für Spionage oder Einmischung sind, werden gezielte, maßgeschneiderte Sensibilisierungsmaßnahmen durchgeführt.



Bildnachweis

S. 06 | © Belgalimage NICOLAS MAETERLINCK
S. 17 | © Belgalimage NICOLAS MAETERLINCK

Verantwortliche Redakteur | Philippe Van Gysegheem
Rue de la Loi 16, 1000 Bruxelles